

---

## Berichte

---

Prof. Dr. Florian Bien, Universität Würzburg/Université Paris 2 (Panthéon-Assas) \*

### Die neue französische Action de groupe der Verbraucherschutzverbände

Die neue französische Action de groupe schafft eine neue weitere Klagemöglichkeit für Verbraucherschutzverbände. Sie können stellvertretend für eine Gruppe gleichartig geschädigter Verbraucher vor Gericht ziehen. Von dem Klage-recht umfasst sind u. a. auch Vermögensschäden aus Kartell-verstößen. Zwar folgt der französische Gesetzgeber dem opt-in-Modell. Der Beitritt zur Gruppe der Geschädigten kann allerdings zu einem sehr späten Zeitpunkt erfolgen. So können die betroffenen Verbraucher die rechtskräftige Fest-stellung der Schadensersatzpflicht des beklagten Unterneh-mers abwarten. Dreh- und Angelpunkt des neuen Instru-ments ist der Richter. Der Gesetzgeber räumt ihm weit-gehende Befugnisse und ein weites Ermessen hinsichtlich der Ausgestaltung des Verfahrens ein.

#### I. Rechtsquellen und Inkrafttreten

Die neue Action de groupe ist im Code de la consommation geregelt. Die sog. „Loi Hamon“ vom 17.3.2014<sup>1</sup> und das dazugehörige Décret vom 24.9.2014<sup>2</sup> ergänzen den Code um die Art. L. 423-1 ff. sowie die Art. R. 423-1 ff.<sup>3</sup> Ein Rund-

schreiben („Circulaire“) des Justizministeriums vom 26.9. 2014<sup>4</sup> präzisiert weitere Einzelheiten. Da das Décret erst am 1. Oktober 2014 in Kraft getreten ist, ist das gesamte Instru-ment erst seit diesem Tag anwendbar.

\* Prof. Dr. Florian Bien, Maître en Droit (Aix-Marseille III) ist Inhaber des Lehrstuhls für globales Wirtschaftsrecht, internationale Schieds-gerichtsbarkeit und Bürgerliches Recht an der Julius-Maximilians-Uni-versität Würzburg und Gastprofessor an der Université Paris 2 (Pan-théon-Assas) im Wintersemester 2014/2015.

1 LOI n° 2014-344 du 17 mars 2014 relative à la consommation, ver-öffentlicht im JORF n°0065 vom 18. März 2014, S. 5400 (abrufbar über [www.legifrance.gouv.fr](http://www.legifrance.gouv.fr)).

2 Décret n° 2014-1081 du 24 septembre 2014 relatif à l'action de groupe en matière de consommation, veröffentlicht im JORF n°0223 vom 26. September 2014, S. 15643 (abrufbar über [www.legifrance.gouv.fr](http://www.legifrance.gouv.fr)). Der Name Hamon verweist auf den zuständigen Minister.

3 Der vorangestellte Buchstabe zeigt die rechtliche Qualität und Herkunft der Vorschrift an. L steht für Loi, R für Règlement.

4 Circulaire du 26 septembre 2014 de présentation des dispositions de la loi n° 2014-344 du 17 mars 2014 relative à la consommation et du décret n° 2014-1081 du 24 septembre 2014 relatif à l'action de groupe en matière de consommation (N° NOR : JUSC1421594C), veröffent-licht im BOMJ n°2014-10 vom 31. Oktober 2014, S. 1 (abrufbar über [www.textes.justice.gouv.fr](http://www.textes.justice.gouv.fr)).

## II. Anwendungsbereich und Klagebefugnis

Der Einsatzbereich des neuen Instruments ist weit. Kartellverstöße bilden nur einen Ausschnitt aus dem Anwendungsbereich. In Betracht kommen allgemein Fälle, in denen eine Vielzahl von Verbrauchern in identischer oder ähnlicher Weise einen Vermögensschaden erlitten hat. Das Gesetz nennt zwei mögliche Ursachen, auf die der Vermögensschaden zurückzuführen sein muss: Es sind dies (1) die Pflichtverletzung durch einen Unternehmer im Zusammenhang mit einem Kaufvertrag oder einem Vertrag über die Leistung von Diensten oder (2) der Verstoß gegen das französische oder unionsrechtliche Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen oder das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung. Klagebefugt sind allein die vom Verbraucherschutz- und Justizminister gemeinsam akkreditierten französischen (nicht ausländischen!) Verbraucherschutzvereinigungen (Art. L. 423-1). Derzeit sind fünfzehn Verbände in dieser Weise akkreditiert. Die Vereinigungen erheben die Action de groupe stellvertretend für die von ihnen vertretenen Verbraucher. In der Sache handelt es sich damit nicht um eine Gruppen-, sondern um eine Verbandsklagebefugnis,<sup>5</sup> vergleichbar derjenigen gemäß § 33 Abs. 2 Nr. 2 GWB.<sup>6</sup>

## III. Ablauf des Verfahrens

Das Verfahren gliedert sich in drei Phasen:

### 1. Klageerhebung und Grundurteil betreffend die grundsätzliche Haftung des Unternehmers (Phase 1)

Um die Gruppenklage erheben zu können, genügt es, dass der klagende Verband von einzelnen Verbrauchern beauftragt wurde. Die Darstellung ihrer individuellen Fälle ist nämlich zwingender Bestandteil der Klageschrift (Art. R. 423-4). Auf Grundlage dieser konkreten Fallberichte erfolgt auch die etwaige spätere Verurteilung des Unternehmers (Art. L. 423-3). Gibt der Richter der Klage statt, erlässt er das Jugement sur la responsabilité, eine Art erweitertes Grundurteil. In ihm bestimmt der Richter u. a. (1) die Gruppe von Verbrauchern, denen ein Anspruch auf Schadensersatz gegen den verurteilten Unternehmer zusteht, (2) die Merkmale, anhand derer sich die Zugehörigkeit zu der definierten Gruppe bestimmt, (3) die jedem Verbraucher oder jeder Verbrauchergruppe zu ersetzenden Schäden, (4) den entsprechenden Betrag oder die zu seiner Bestimmung erforderlichen Kriterien (Art. L. 423-3). (5) Weiterhin verfügt der Richter Maßnahmen, die geeignet sind, die betroffenen Verbraucher über das rechtskräftig gewordene Grundurteil zu informieren (Art. L. 423-4). Das Décret nennt beispielhaft Zeitung, Internet und Fernsehen sowie die Möglichkeit der individuellen Information der Verbraucher per Brief oder Email (Art. R. 423-6). (6) Schließlich bestimmt der Richter den Zeitraum, innerhalb dessen die Verbraucher sich ihrer jeweiligen Gruppe mit dem Ziel der Entschädigung anschließen können. Das Gesetz gibt eine Zeitspanne von zwei bis sechs Monaten vor. Die Frist läuft mit Abschluss der Information der Verbraucher zu laufen (Art. L. 423-5).

### 2. Beitritt der geschädigten Verbraucher und Wirkung des Grundurteils (Phase 2)

Erst in Phase 2 vorgesehen ist der Beitritt der meisten Verbraucher zur Gruppe (opt in). Die Rechtskraft des bereits erlassenen Jugement sur la responsabilité erstreckt sich gegebenenfalls rückwirkend auf sämtliche beigetretenen Verbraucher (Art. L. 423-21). Der Beitritt zur Gruppe berechtigt zudem die klagende Vereinigung zur gerichtlichen und außer-

gerichtlichen Vertretung der Gruppenmitglieder gegenüber dem Unternehmer (Art. R. 423-10). Im Idealfall erfolgt bereits im Rahmen der zweiten Phase die Entschädigung der Gruppenmitglieder unter Beachtung der Vorgaben des Jugement sur la responsabilité (Art. L. 423-11). Treten bei der Umsetzung Schwierigkeiten auf, kann der Richter angerufen werden, der das Grundurteil erlassen hat (Art. L. 423-12 Abs. 1). Entscheidet sich der Verbraucher gegen den Beitritt oder tritt er aus der Gruppe aus, bleibt ihm die Möglichkeit der Individualklage. Die Verjährung der entsprechenden Ansprüche ist während der Dauer der Gruppenklage gehemmt (Art. L. 423-20).

### 3. Leistung von Schadensersatz, Vollstreckung (Phase 3)

Den Abschluss des Verfahrens bildet die Audience de clôture. Sie erlaubt es dem Richter, bei Bedarf über die Berechtigung einzelner Entschädigungsforderungen zu urteilen, denen der Unternehmer noch nicht entsprochen hat (Art. L. 423-12 Abs. 2). Erst dieses letzte (Leistungs-)Urteil dient der klagenden Vereinigung gegebenenfalls als Vollstreckungstitel. Sie ist auch insofern Vertreterin der betroffenen Gruppenmitglieder (Art. L. 423-13).

## IV. Vereinfachtes Verfahren

Die Procédure simplifiée vereinfacht den Verfahrensablauf insofern, als sie die unmittelbare Entschädigung der Verbraucher durch den verurteilten Unternehmer vorsieht. Der klagende Verbraucherverband hat damit in der zweiten Phase des Verfahrens grundsätzlich keine Aufgabe mehr. Er übernimmt insbesondere nicht die Funktion, etwa an ihn geleistete Entschädigungszahlungen an die Verbraucher weiterzureichen (vgl. Art. L. 423-6). Zwei Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit das Verfahren in Form der Procédure simplifiée geführt werden kann (Art. L. 423-10 Abs. 1): (1) Identität und Anzahl der geschädigten Verbraucher müssen bekannt sein. Der erläuternde „Circulaire“ nennt den Fall, dass der Unternehmer etwa aufgrund einer Kundenkartei sämtliche geschädigten Verbraucher bestimmen kann. (2) Die geschädigten Verbraucher müssen einen identischen Schaden (pro Zeitabschnitt oder abgenommene Einheit) erlitten haben. Im Unterschied zum normalen Verfahren kann der Richter den Unternehmer hier bereits im Jugement sur la responsabilité dazu verurteilen, die geschädigten Verbraucher direkt und individuell zu entschädigen. Erforderlich ist allerdings eine vorherige Zustimmung des Verbrauchers. Um diese zu erreichen, bedarf es geeigneter und insbesondere individueller Information des Verbrauchers durch den Unternehmer, etwa per Brief oder Email, innerhalb einer bestimmten Frist. Auch insofern enthält der Jugement sur la responsabilité verbindliche Vorgaben an den Unternehmer (Art. L. 423-10 Abs. 1). Bleibt die Entschädigungszahlung aus, hat die dem Unternehmer gegenüber erklärte Zustimmung im Verhältnis zum Verbraucherverband die Wirkung einer Vollmacht zur Vertretung des Verbrauchers (Art. L. 423-10 Abs. 2).

## V. Vergleiche

Ein etwaiger, von der klagenden Vereinigung im Namen der Gruppe erreichter Vergleich bedarf der Anerkennung durch

5 Siehe etwa die begrifflichen Unterscheidungen bei Bernhard, Kartellrechtlicher Individualschutz durch Sammelklagen, 2010, S. 50 ff.

6 Das GWB legitimiert Verbraucherschutzverbände allerdings allein zur Geltendmachung von Unterlassungs- und Beseitigungsansprüchen (näher *Bien*, ZWeR 2013, 448 ff.). Der Anspruch auf Schadensersatz bedarf nach deutscher Rechtslage der individuellen Geltendmachung.

den Richter. Dieser hat insbesondere zu prüfen, ob die Einigung den Interessen der Betroffenen entspricht (Art. L. 423-16). Nach Klageerhebung sind alleine die klagenden Verbraucherverbände berechtigt, einen Vergleich abzuschließen (Art. L. 423-15).

## VI. Ausschluss von Stand-alone-Klagen und weitere Sonderregeln im Bereich des Kartellrechts

Über das Erfordernis der Akkreditierung der klagebefugten Verbraucherverbände hinaus versucht der Gesetzgeber drohendem Missbrauch auf dem Gebiet des Kartellrechts in zweifacher Weise vorzubeugen: (1) Zwingende Voraussetzung für eine Klage ist die vorangegangene bestandskräftige Feststellung des Kartellverstoßes durch die Europäische Kommission, eine mitgliedstaatliche Kartellbehörde oder das zuständige mitgliedstaatliche Kartellgericht (Art. L. 423-17 Abs. 1). Stand-alone-Gruppenklagen sind damit ausgeschlossen. Die obligatorischen Follow-on-Gruppenklagen werden umgekehrt aber auch erleichtert. Ähnlich der Regelung in § 33 Abs. 4 GWB und abweichend von der französischen Rechtslagen im Übrigen kommt der bestandskräftigen Feststellung des Kartellverstoßes für die nachfolgende Gruppenklage die Bedeutung einer unwiderlegliche Vermutung zu (Art. L. 423-17 Abs. 2). (2) Gruppenklagen wegen eines Kartellverstoßes können nur innerhalb von fünf Jahren nach bestandskräftiger Feststellung des Verstoßes erhoben werden (Art. L. 423-18). Anders als bei der allgemeinen Action de groupe kann der Richter im Fall einer Kartellschadensersatzklage auch schon vor Rechtskraft des Urteils die Information der Verbraucher im Hinblick auf ihren Beitritt zur Gruppe anordnen (Art. L. 423-19).

## VII. Verwendung nicht abgerufener Mittel, Klageanreiz

Das Gesetz enthält keine Regelungen betreffend die Verwendung nicht abgerufener Mittel. Vorgesehen ist weder eine Abschöpfung etwa zugunsten des Fiskus (vgl. § 34 a GWB) oder gar der klagenden Vereinigung (insbesondere Art. L. 423-6 S. 2) noch eine Cy-près-Entschädigung nach US-amerikanischem Vorbild. Damit einher geht die Frage nach der Finanzierung einer Action de groupe. Der einzige Anreiz für einen Verbraucherschutzverband, sich in das Abenteuer einer Action de groupe zu stürzen, ist die damit verbundene mediale Aufmerksamkeit. Das Gesetz sieht zwar eine weitgehende Pflicht für den unterlegenen Unternehmer zur Erstattung der mit dem Verfahren verbundenen Kosten vor (siehe etwa Art. L. 423-8 und L. 423-14). Ein darüber hinaus gehender finanzieller Vorteil für den Verband ist nicht ersichtlich.

## Auszug aus dem Code de la consommation (Fassung vom 6. November 2014)

### Section 1 Champ d'application de l'action de groupe et qualité pour agir

Art. L. 423-1. Une association de défense des consommateurs représentative au niveau national et agréée en application de l'article L. 411-1 peut agir devant une juridiction civile afin d'obtenir la réparation des préjudices individuels subis par des consommateurs placés dans une situation similaire ou identique et ayant pour cause commune un manquement d'un ou des mêmes professionnels à leurs obligations légales ou contractuelles:

- 1 A l'occasion de la vente de biens ou de la fourniture de services;

- 2 Ou lorsque ces préjudices résultent de pratiques anticoncurrentielles au sens du titre II du livre IV du code de commerce ou des articles 101 et 102 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne.

L'action de groupe ne peut porter que sur la réparation des préjudices patrimoniaux résultant des dommages matériels subis par les consommateurs.

### Section 2 Jugement sur la responsabilité

Art. L. 423-3. Dans la même décision, le juge constate que les conditions de recevabilité mentionnées à l'article L. 423-1 sont réunies et statue sur la responsabilité du professionnel, au vu des cas individuels présentés par l'association requérante. Il définit le groupe des consommateurs à l'égard desquels la responsabilité du professionnel est engagée et en fixe les critères de rattachement.

Le juge détermine les préjudices susceptibles d'être réparés pour chaque consommateur ou chacune des catégories de consommateurs constituant le groupe qu'il a défini, ainsi que leur montant ou tous les éléments permettant l'évaluation de ces préjudices. Lorsqu'une réparation en nature du préjudice lui paraît plus adaptée, le juge précise les conditions de sa mise en œuvre par le professionnel.

A cette fin, à tout moment de la procédure, le juge peut ordonner toute mesure d'instruction légalement admissible nécessaire à la conservation des preuves et de production de pièces, y compris celles détenues par le professionnel.

Art. L. 423-4. S'il juge que la responsabilité du professionnel est engagée, le juge ordonne par la même décision les mesures adaptées pour informer de cette décision les consommateurs susceptibles d'appartenir au groupe.

Les mesures de publicité de la décision sont à la charge du professionnel. Elles ne peuvent être mises en œuvre qu'une fois que la décision sur la responsabilité n'est plus susceptible de recours ordinaires ni de pourvoi en cassation.

Art. L. 423-5. Dans la même décision prononçant la responsabilité du professionnel, le juge fixe le délai dont disposent les consommateurs pour adhérer au groupe afin d'obtenir la réparation de leur préjudice. Ce délai ne peut être inférieur à deux mois ni supérieur à six mois après l'achèvement des mesures de publicité ordonnées par lui.

Il détermine les modalités de cette adhésion et précise si les consommateurs s'adressent directement au professionnel ou par l'intermédiaire de l'association ou de la personne mentionnée à l'article L. 423-9.

L'adhésion au groupe vaut mandat aux fins d'indemnisation au profit de l'association requérante.

L'adhésion au groupe ne vaut ni n'implique adhésion à l'association requérante.

Art. L. 423-6. Toute somme reçue par l'association au titre de l'indemnisation des consommateurs lésés est immédiatement versée en compte de dépôt à la Caisse des dépôts et consignations. Ce compte ne peut faire l'objet de mouvements en débit que pour le versement des sommes dues aux intéressés.

Art. L. 423-7. Le juge fixe le délai dans lequel doit intervenir la réparation des préjudices des consommateurs lésés, ainsi que celui ouvert, à cette échéance, pour le saisir en application de l'article L. 423-12 des demandes d'indemnisation auxquelles le professionnel n'a pas fait droit.

Art. L. 423-8. Lorsqu'il statue sur la responsabilité, le juge peut condamner le professionnel au paiement d'une provision à valoir sur les frais non compris dans les dépens exposés par

l'association, y compris ceux afférents à la mise en œuvre de l'article L. 423-9.

Il peut ordonner, lorsqu'il la juge nécessaire et compatible avec la nature de l'affaire, la consignation à la Caisse des dépôts et consignations d'une partie des sommes dues par le professionnel.

### Section 3 Procédure d'action de groupe simplifiée

Art. L. 423-10. Lorsque l'identité et le nombre des consommateurs lésés sont connus et lorsque ces consommateurs ont subi un préjudice d'un même montant, d'un montant identique par prestation rendue ou d'un montant identique par référence à une période ou à une durée, le juge, après avoir statué sur la responsabilité du professionnel, peut condamner ce dernier à les indemniser directement et individuellement, dans un délai et selon des modalités qu'il fixe.

Préalablement à son exécution par le professionnel et selon des modalités et dans le délai fixés par le juge, cette décision, lorsqu'elle n'est plus susceptible de recours ordinaires ni de pourvoi en cassation, fait l'objet de mesures d'information individuelle des consommateurs concernés, aux frais du professionnel, afin de leur permettre d'accepter d'être indemnisés dans les termes de la décision.

En cas d'inexécution par le professionnel, à l'égard des consommateurs ayant accepté l'indemnisation, de la décision rendue dans le délai fixé, les articles L. 423-12 et L. 423-13 sont applicables et l'acceptation de l'indemnisation dans les termes de la décision vaut mandat aux fins d'indemnisation au profit de l'association.

[...]

### Section 4 Mise en œuvre du jugement, liquidation des préjudices et exécution

Art. L. 423-11. Le professionnel procède à l'indemnisation individuelle des préjudices subis par chaque consommateur, dans les conditions, limites et délais fixés par le jugement mentionné à l'article L. 423-3.

Art. L. 423-12. Le juge ayant statué sur la responsabilité tranche les difficultés qui s'élèvent à l'occasion de la mise en œuvre du jugement.

Il statue dans un même jugement sur toutes les demandes d'indemnisation auxquelles le professionnel n'a pas fait droit.

Art. L. 423-13. L'association requérante représente les consommateurs membres du groupe qui n'ont pas été indemnisés par le professionnel dans les délais fixés, aux fins de l'exécution forcée du jugement mentionné au second alinéa de l'article L. 423-12.

Art. L. 423-14. L'intégralité des frais et des droits proportionnels de recouvrement ou d'encaissement prévus à l'article L. 111-8 du code des procédures civiles d'exécution, pour l'application des sections 1,2 et 4 du présent chapitre, est à la charge du professionnel visé.

### Section 5 Médiation

Art. L. 423-15. Seule l'association requérante peut participer à une médiation, dans les conditions fixées au chapitre Ier du titre II de la loi n° 95-125 du 8 février 1995 relative à l'organisation des juridictions et à la procédure civile, pénale et administrative, afin d'obtenir la réparation des préjudices individuels mentionnés à l'article L. 423-1.

Art. L. 423-16. Tout accord négocié au nom du groupe est soumis à l'homologation du juge, qui vérifie s'il est conforme aux intérêts de ceux auxquels il a vocation à s'appliquer et lui donne force exécutoire. Cet accord précise les mesures de publicité nécessaires pour informer les consommateurs concernés de la possibilité d'y adhérer, ainsi que les délais et modalités de cette adhésion.

### Section 6 Modalités spécifiques à l'action de groupe intervenant dans le domaine de la concurrence

Art. L. 423-17. Lorsque les manquements reprochés au professionnel portent sur le respect des règles définies au titre II du livre IV du code de commerce ou des articles 101 et 102 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, la responsabilité du professionnel ne peut être prononcée dans le cadre de l'action mentionnée à l'article L. 423-1 que sur le fondement d'une décision prononcée à l'encontre du professionnel par les autorités ou juridictions nationales ou de l'Union européenne compétentes, qui constate les manquements et qui n'est plus susceptible de recours pour la partie relative à l'établissement des manquements.

Dans ces cas, les manquements du professionnel sont réputés établis de manière irréfragable pour l'application de l'article L. 423-3.

Art. L. 423-18. L'action prévue à l'article L. 423-1 ne peut être engagée au-delà d'un délai de cinq ans à compter de la date à laquelle la décision mentionnée à l'article L. 423-17 n'est plus susceptible de recours.

Art. L. 423-19. Par dérogation au second alinéa de l'article L. 423-4, le juge peut ordonner l'exécution provisoire du jugement mentionné à l'article L. 423-3 pour ce qui concerne les seules mesures de publicité, afin de permettre aux consommateurs de se déclarer dans le délai imparti. ■